



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 19.02.2026**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:32 Uhr bis 18:57 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Ute Haupt, Vorsitzende  
Iris Frühling  
Andreas Heinrich

Olaf Schöder  
Dr. Christoph Bergner

Guido Haak

Thomas Schied  
Katharina Kohl  
Dr. Annette Kreuzfeldt  
Sarah Labusga  
Yvonne Krause

Marcel Funk  
Ines Härtling

Andreas Hemming  
Johannes Luppe

Ina Schneegans

Martin Thiele  
Olga Tidde

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle,  
anwesend bis 17.34 Uhr

AfD-Stadtratsfraktion Halle

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),  
Vertretung für Herrn Riedel

CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale),  
anwesend bis 17.30 Uhr

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Volt/MitBürger

Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /  
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle  
(Saale)

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin,

anwesend bis 18.49 Uhr

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner,

anwesend bis 18.30 Uhr

Sachkundige Einwohnerin,

anwesend bis 17.45 Uhr

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin,

anwesend ab 16.35 Uhr

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow  
Anika Seidel-Jähnig  
Daniela Suchantke  
Sabine Ernst  
Dr. Christine Gröger  
Heiko Schütz  
Dr. Sebastian Meißner  
Ortrud Diemer  
Robert Schönrok  
Sophia Waldowski

Beigeordnete Bildung und Soziales

Referentin

Gleichstellungsbeauftragte

Leiterin Fachbereich Soziales

Leiterin Fachbereich Gesundheit

Projektleiter Örtliches Teilhabemanagement

Leiter Integrierte Sozialplanung

Stadtplanerin

Beauftragter Migration und Integration

stellvertretende Protokollführerin

### **Gäste**

Sarah Theune

Vorständin,

caritas Regionalverband Halle e.V.

Grit Vriese

Leitung Fachbereich Hilfen in besonderen

Lebenslagen und Beratung und

Ambulante Jugendhilfen, caritas

Regionalverband Halle e.V.

**Entschuldigt fehlten:**

Jan Riedel  
Frederike Horn  
Sabrina Otto  
Claudia Rohrbach

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Sachkundige Einwohnerin  
Sachkundige Einwohnerin  
Sachkundige Einwohnerin

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Haupt** machte auf eine neue Mitteilung aufmerksam: TOP 7.7, Integrationsmonitoring 2025.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.01.2026
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Förderung im Haushaltsjahr 2026 entsprechend der Gleichstellungsförderrichtlinie  
Vorlage: VIII/2025/01977
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Verbundvorhaben „Menschen im Umfeld von Pflege unterstützen durch Integrierte Sozialplanung“ (MUvIS)  
Vorlage: VIII/2026/02248
- 7.2. Vorstellung Sozialkaufhaus
- 7.3. Faktenblätter Fachbereich Gesundheit

- 7.4. Umzug Gesundheitsamt
- 7.5. Information zur Neuaufstellung des Mietspiegels 2028  
Vorlage: VIII/2026/02253
- 7.6. Jahresplanung 2026  
Vorlage: VIII/2026/02251
- 7.7. Integrationsmonitoring 2025  
Vorlage: VIII/2026/02323
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildungskarte  
Vorlage: VIII/2026/02255
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.01.2026
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

### **zu 3      Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Einwohnerfragen.

### **zu 4      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.01.2026**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 22.01.2026.

**Abstimmungsergebnis:                      bestätigt**

### **zu 5      Beschlussvorlagen**

---

#### **zu 5.1      Förderung im Haushaltsjahr 2026 entsprechend der Gleichstellungsförderrichtlinie Vorlage: VIII/2025/01977**

---

**Frau Suchantke** führte anhand der Präsentation in die Beschlussvorlage ein. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt. Sie sagte, gefördert werden Vorhaben, die die Beratung, Unterstützung und Begleitung von Betroffenen, die von sexualisierter Gewalt bedroht bzw. betroffen sind, anbieten, die die Koordination und Beratung sowie gesellschaftspolitische Aufklärung und Kompetenzentwicklung über/für LSBTI\*-Belange in Halle adressieren und dem Abbau von Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität dienen. Die Projekte adressieren u.a. auch Menschen, die von häuslicher, sexualisierter und digitaler Gewalt bedroht oder betroffen sind. Der Fokus liegt dabei auf der Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Ein Schwerpunkt der Konvention liegt auf der Verpflichtung der Staaten, ein Schutz- und Unterstützungssystem für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt auf- und auszubauen. Sie verlangt zunächst, dass allgemeine Unterstützungsangebote wie Gesundheits- und Sozialdienste zugänglich sein müssen. Darüber hinaus sieht sie eine Reihe an spezialisierten Unterstützungseinrichtungen für verschiedene Zielgruppen vor: Schutzunterkünfte (wie etwa Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen), spezialisierte Unterstützung für Betroffene sexualisierter Gewalt in Form von Beratung sowie medizinischen und gerichtsmedizinischen Untersuchungen, Angebote für Kinder, die Zeuginnen von geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind. Spezialisierte Angebote sind für alle Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt im Sinne der Konvention, „in angemessener geographischer Verteilung“, „in ausreichender Zahl“ und „leicht zugänglich“ vorzuhalten.

Chancengerechtigkeit für Frauen und Männer, Geschlechtersensibilität und -spezifik bzw. Geschlechterbewusstsein stehen thematisch im Mittelpunkt der beantragten Projekte. Die kontinuierliche Arbeit der zur Förderung vorgeschlagenen Einrichtungen hat sich bewährt, dient der Pluralität unserer Stadtgesellschaft und ist zugleich auf eine qualitative Weiterentwicklung orientiert. Zuwendungen laut Richtlinie können als Projektförderung und als institutionelle Förderung gewährt werden.

Die Höhe der Zuwendung bei Projektförderungen sind auf max. 3.000 Euro pro Zuwendungsempfänger begrenzt. Die institutionelle Förderung für Personal- und Sachkosten erfolgt in Form einer Festbetragsfinanzierung (§44 LHO). Die Förderung 2026 würdigt sowohl die Arbeitskontinuität der Vereine als auch ihre Flexibilität, auf eine veränderte gesellschaftliche Lage mit modifizierten und neuen Angeboten einzugehen.

Bei der Prüfung wurden folgende Punkte zugrunde gelegt: die Einhaltung der Antragsfrist, die Vollständigkeit der Antragsunterlagen, ein angemessener Eigenanteil an den zuwendungsfähigen Ausgaben sowie das Vorhandensein beziehungsweise die Beantragung von Drittmitteln. Zudem wurde die Vorlage eines schlüssigen Gesamtfinanzierungsplanes berücksichtigt, ebenso wie die Zielgruppenorientierung der Maßnahme. Weiterhin spielten die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Antragstellenden eine Rolle, ebenso wie die Wirksamkeit des Projektes. Die Einschätzung des Bedarfs erfolgte in quantitativer, qualitativer und territorialer Hinsicht, und schließlich wurde auch die Einhaltung fachlicher Standards geprüft.

Da die beantragte Gesamtfördersumme die haushälterisch geplanten Fördermittel übersteigt, können nicht alle beantragten Fördermittel gewährt werden. Die vorgeschlagene Förderung orientiert sich daher an den Vorjahressummen. Alle ausgewiesenen Anträge sind fristgerecht und entsprechend der Vorgaben aus der Förderrichtlinie eingegangen.

Im Rahmen der institutionellen Förderung schlug sie nachfolgende Projekte zur Förderung vor:

AWO Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt „Lichtung“

Die Beratung, Unterstützung und Begleitung von Betroffenen, die von sexualisierter Gewalt bedroht beziehungsweise betroffen sind, sowie deren private und professionelle Bezugspersonen gehören zu den zentralen Aufgaben. Zusätzlich werden Gruppenangebote, Fortbildungen, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit unterbreitet. Die personelle Ausstattung besteht aus fünf Teilzeitkräften mit insgesamt 3,875 Vollzeitäquivalenten. Zum 01.01.2026 gab es einen Trägerwechsel vom AWO Regionalverband Halle-Merseburg zur AWO Sozialwerk Halle (Saale) gGmbH. Die AWO ist bereits Träger der Interventionsstelle für häusliche Gewalt und Stalking und bietet auch Suchberatung, Familienberatung und weitere unterstützende Angebote an.

Hintergrund: In Sachsen-Anhalt ist die Zahl der sexualisierten Gewalttaten in den letzten Jahren gestiegen. Entwicklung der Kriminalität: Insgesamt ist die Anzahl der Straftaten in Sachsen-Anhalt 2024 leicht zurückgegangen, während die Fallzahlen bei der häuslichen Gewalt einen neuen Höchststand erreicht haben.

Sexualdelikte und Vergewaltigung: Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen verzeichnen laut PKS 2024 einen signifikanten Teil der Gewaltkriminalität. Im Jahr 2024 wurden in Sachsen-Anhalt bei der polizeilichen Auswertung von Häuslicher Gewalt auch sexualisierte Übergriffe in Partnerschaften erfasst. (Eine Vergewaltigung gilt laut Gesetz als „besonders erniedrigende“ sexuelle Handlung gegen den Willen des Opfers und wird mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren bestraft).

#### Dornrosa e.V.

Das Frauenzentrum Weibewirtschaft betreibt inhaltliche Projektarbeit, unter anderem die Frauenkulturtage und das Projekt Frauenpolitik konkret. Es sind zwei Personalstellen mit einem Vollzeitäquivalent besetzt. Beratungs- und Begegnungsräume inklusive einer Bibliothek befinden sich in der Karl-Liebknecht-Straße 34. Die Zielstellung umfasst niedrigschwellige Kultur- und Bildungsangebote, Erstberatung und Vermittlung ins Hilfesystem, Empowerment sowie Schutzräume für Gruppenangebote.

Das Zentrum fördert die Teilhabe am kulturellen und politischen Leben und engagiert sich in frauenpolitischer Arbeit, etwa am Tag gegen Gewalt an Frauen, beim CSD, One Billion Rising, Equal Pay Day, Frauentag und bei verschiedenen Ausstellungen. Dazu gehört auch die erstmalige Organisation der Bäckertütenaktion in Halle inklusive Pressearbeit. Das Frauenzentrum ist ein wichtiger Netzwerkpartner im Hilfesystem und bietet Mädchen\*arbeit sowie Gruppenarbeit an, beispielsweise eine Endometriose-Selbsthilfegruppe und eine Gruppe für DDR-Geschiedene. Seit 1990 ist der Träger in diesem Feld in der Stadt aktiv.

#### Begegnungs- und Beratungs-Zentrum lebensart e.V.

Das Fachzentrum für geschlechtliche-sexuelle Identität bietet Beratung und Sensibilisierung für LSBTI\* an. Es sind zwei Teilzeitstellen besetzt. Der Schwerpunkt der Beratung liegt auf Fragen rund um geschlechtliche und sexuelle Identität. Die professionelle Fachkraft unterstützt im gemeinsamen Dialog dabei, Wege zu finden, Krisen zu bewältigen und gesellschaftliche sowie staatliche Hürden zu überwinden. Das Zentrum verweist an spezialisierte Stellen oder hilft bei der Suche nach Selbsthilfegruppen und informiert über rechtliche Änderungen. Es betreut außerdem Selbsthilfegruppen. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 82 persönliche Beratungen durchgeführt, davon 80 zum Thema Geschlechtsidentität und Selbstbestimmungsgesetz.

Ein monatliches Gruppenangebot richtet sich an queere Geflüchtete und Migrantinnen. In der Stadt Halle arbeitet das Fachzentrum auf fachlicher Ebene eng mit dem KO-Kreis „Sexualität und Gesundheit“ der Stadt Halle und des Saalekreises zusammen. Als Gründungsmitglied

und Koordinator ist es aktiver Partner im Arbeitskreis Queer und beteiligt an der Entwicklung sowie Fortschreibung des Aktionsprogramms der Stadt Halle zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt für die Jahre 2023 bis 2026. Jährlich organisiert das Zentrum das Straßenfest zum Christopher-Street-Day (CSD) auf dem Marktplatz von Halle (Saale), das 2024 mit weit über 2.000 Besucherinnen stattfand.

#### Humanistischer Regionalverband

Das Frauenzentrum im Bürgerhaus „alternativE“ wird mit einer Teilzeitstelle betrieben. Die Zielstellung umfasst 5.000 Besuchende in Halle sowie 150 im Saalekreis. Das Zentrum bietet Beratung und Vernetzung an, wobei ein besonderes Augenmerk auf alleinstehende Seniorinnen gelegt wird. Es werden aktive Maßnahmen gegen Vereinsamung und Altersisolation durchgeführt. Darüber hinaus gibt es Bildungsangebote, Gruppenangebote wie die Pro-50-Frauen-Gruppe sowie einen sozialen Mittagstisch.

#### Projektmittel bis 3.000 Euro

Radio Corax betreibt das Projekt „djiversity“, das Aktionstage, Workshops, Vorträge und offene Netzwerkarbeit für und mit FLINTA-Personen anbietet. Dabei steht FLINTA für heterogene cis-Frauen, Lesben sowie Menschen, die intergeschlechtlich, nichtbinär oder trans sind. Die Themen des Projekts umfassen Sexismus und Feminismus in der Klubkultur sowie die Förderung von Diversität in der Klublandschaft.

Ergänzt werden diese Angebote unter dem Stichwort der Prävention durch Täterprogramme (Pro Mann), die sich auf häusliche und sexualisierte Gewalt beziehen.

Vorrangiges Anliegen solcher Ansätze lt. Istanbul Konvention müssen immer die Sicherheit, Unterstützung und Menschenrechte der Betroffenen sein (Artikel 16). Der geförderte Träger bietet Gruppenangebote nach den Standards der BAG Männer. Die Qualitätsrichtlinien der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. (BAG TäHG) für professionelle Programme, zielen darauf ab, die Gewalt von Männern zu stoppen, indem sie ihnen helfen, Verantwortung zu übernehmen, Alternativen zu Gewalt zu entwickeln und Rückfälle zu verhindern, oft in Kooperation mit Justiz, Polizei und Opferschutzorganisationen, um den Opferschutz zu gewährleisten und die Istanbul-Konvention umzusetzen.

Diese Standards beinhalten eine klare Zielsetzung (Rückfallprävention), methodische Bausteine (z.B. Notfallpläne), die Forderung nach interinstitutioneller Zusammenarbeit, Transparenz und Evaluation.

Die Restmittel, die im Haushalt zur Verfügung stehen, belaufen sich auf 3.989,14 Euro. Ebenfalls aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln sollen Maßnahmen zur Umsetzung des 4. Gleichstellungsaktionsplans (Stadtratsbeschluss vom 26.11.25, Vorlagen-Nr. VIII/2025/01672) umgesetzt werden.

**Herr Heinrich** fragte, ob die Eigenmittel durch Sponsoren erfolgen oder übertragene Mittel aus dem Vorjahr sind.

**Frau Suchantke** antwortete, dass das keine übertragenen Mittel aus dem Vorjahr sind. Eigenmittel sind eingeworbene Spendengelder. Nicht aufgebrauchte Mittel aus dem städtischen Haushalt können nicht in das Folgejahr übertragen oder als Eigenmittel verbucht werden.

**Frau Labusga** fragte zum Projekt des DFV. Dort gab es in der Vergangenheit fehlende Qualifikationen. Diese sind mittlerweile gegeben. Sie wollte wissen, ob es einen Austausch

mit dem Träger gab und wie die Nachweise erbracht wurden und sichergestellt werden kann, dass die Täterarbeit durch fachliche Standards erfolgen kann.

**Frau Haupt** sagte, dass der Träger seinen Sitz in Magdeburg hat. Sie fragte, ob es in Halle eine Außenstelle gibt. Außerdem fragte sie, wie sich die Förderung zusammensetzt.

**Frau Suchantke** sagte, dass der Träger einen Entwicklungsprozess durchlaufen hat. Die Qualitätsstandards werden eingehalten. Das Angebot in Halle ist ein Gruppenangebot. Es gibt aktuell noch keine Außenstelle, das Projekt soll aber verstetigt werden. Der Träger ist ebenfalls im Gewaltschutznetzwerk aktiv.

**Herr Dr. Bergner** sagte, dass die Kämmerei der Vorlage nicht zugestimmt hat, da über den Haushalt für 2026 noch nicht endgültig entschieden wurde. Es kann noch Änderungen geben. Er fragte, ob man sich einen Gefallen tut, wenn wir im Vorgriff auf die Genehmigung des Haushalts solche Zuwendungen beschließen. Es kann möglich sein, dass sich im Zuge der Haushaltsberatungen die zur Verfügung stehender Mittel geringer werden. Dann müssten gegebenenfalls andere Prioritäten gesetzt werden. Er bat um Verständnis, dass er unter diesen Voraussetzungen gegenwärtig der Vorlage nicht zustimmen kann.

**Frau Suchantke** erklärte, dass die Kämmerei inzwischen ihre Zustimmung gegeben hat und auch alle Geschäftsbereiche dem Vorhaben zugestimmt haben. Unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung stellt dies eine Orientierung dar, die eingebracht werden soll. Sie betonte, dass ihr bewusst ist, dass aufgrund der aktuellen Haushaltslage ein Restrisiko besteht. Sollte es zu Kürzungen kommen, wird der Bereich Gleichstellung Prioritäten neu setzen. Sollte dies so eintreffen, wird die Beschlussvorlage erneut im Ausschuss vorgestellt.

**Herr Dr. Bergner** sagte, dass er mit der Methode nicht einverstanden ist.

**Frau Labusga** sagte, dass sie dem Verfahren zustimmt, dass der Vorlage jetzt zugestimmt wird und dann gegebenenfalls nochmal Änderungen gemacht werden. Sie fragte, ob die Restmittel aus 2025, ca. 7.000 Euro, noch abgeflossen sind und wenn ja, wofür. Außerdem erkundigte sie sich, wie mit den Restmitteln aus dem Jahr 2026 verfahren werden kann und ob diese auf Grund der Haushaltssperre überhaupt zur Verfügung stehen.

**Frau Suchantke** erklärte, dass die Mittel aus 2025 im Rahmen der Haushaltssanierung nicht ausgegeben wurden. Es gab keine Ausgaben im Rahmen des Gleichstellungsaktionsplans, Projekte zur Förderung wurden nicht eingereicht. Die Restmittel für 2026 sind dem Gleichstellungsaktionsplan zugeordnet. Da es sich jedoch um freiwillige Leistungen handelt, fließen diese nur, wenn sie im Gesamthaushalt abgebildet werden können.

**Herr Luppe** fragte zur Gewichtung von Prävention und Intervention bei der Förderung der einzelnen Projekte.

**Frau Suchantke** antwortete, dass alle aufgelisteten Projekte präventive Angebote leisten, zum Beispiel in Schulen, in Jugendeinrichtungen, bei Elternabenden und in Kitas.

**Herr Schöder** betonte positiv, welche vielfältigen Aktivitäten in der Stadt möglich sind und welche Angebote bereitgestellt werden. Gleichzeitig äußerte er Zweifel, ob er unter den aktuellen Haushaltsbedingungen zustimmen kann. Er stellte klar, dass es nicht akzeptabel ist, dass eine Kommune derart unterfinanziert ist, und machte deutlich, dass dies nicht die Schuld der Kommune ist.

**Frau Haupt** sagte, dass das verständlich ist. Viele Vereine fragen an, wie es nun weitergeht.

**Frau Brederlow** erklärte, dass bereits zahlreiche Resolutionen und Aktivitäten umgesetzt wurden, die in gewissem Maße Wirkung zeigen. Bei einigen Fördermitteln, die die Stadt in Anspruch nimmt, ist kein kommunaler Eigenanteil vorgesehen. Es besteht somit Bewegung, und es ist wichtig, die Diskussionen fortzuführen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Kommunen Handlungsspielräume ermöglichen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis skE:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis SR:**                      **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Die in der Anlage dargestellten Vorschläge für die Vergabe von Fördermitteln im Haushaltsjahr 2026, entsprechend der Gleichstellungsförderrichtlinie, werden bestätigt.

Die Ausreichung der Fördermittel steht unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung.

**zu 6            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es gab keine Anträge von Fraktionen und Stadträten.

**zu 7            Mitteilungen**

---

**zu 7.1        Verbundvorhaben „Menschen im Umfeld von Pflege unterstützen durch Integrierte Sozialplanung“ (MUvIS)  
Vorlage: VIII/2026/02248**

---

**Frau Haupt** gratulierte Herrn Dr. Meißner zum Geburtstag.

**Herr Dr. Meißner** informierte anhand der Präsentation über das Verbundvorhaben „Menschen im Umfeld von Pflege unterstützen durch Integrierte Sozialplanung“ (MUvIS). Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

**Frau Härtling** fragte, wie die Betroffenen darüber informiert werden. Insbesondere Menschen mit einer höheren Pflegestufe sind häufig von der Teilhabe an der Öffentlichkeitsarbeit ausgeschlossen.

**Frau Ernst** sagte, dass mit der Öffentlichkeitsarbeit bereits begonnen wurde. Die Verwaltung ist mit der Seniorenvertretung und dem Behindertenbeirat der Stadt sowie verschiedenen Trägern von Pflegeeinrichtungen in Kontakt, um über das Projekt zu informieren. Auch der Sozialdienst in Krankenhäusern soll einbezogen werden. Das Angebot stößt auf großes Interesse. Um die Zielgruppe zu erreichen, sind außerdem Informationsmaterialien und -veranstaltungen vorgesehen; überdies Pressearbeit und eine Internetseite.

**Frau Härtling** fragte, ob die Betroffenen auch von den Pflegekassen über das Angebot informiert werden können.

**Frau Ernst** sagte, dass sie den Hinweis prüfen wird.

**Frau Labusga** erkundigte sich, wer die wissenschaftliche Begleitung übernehmen wird und wie diese auf die drei Städte verteilt sein soll.

**Herr Dr. Meißner** sagte, dass bereits im Antragprozess für die extern zu erbringende wissenschaftliche Begleitung Kontakt mit entsprechenden Einrichtungen aufgenommen werden musste. Hierzu fand u.a. ein Austausch mit den Pflegewissenschaften der Universität Halle statt. Die Vergaben dazu werden dann im Vergabeausschuss entschieden. Die Stadt Halle ist für die Koordination des Verbundes zuständig und verantwortet in diesem Zusammenhang u.a. die Vergabe der wissenschaftlichen Begleitung.

**Herr Hemming** bat um Erklärung, worum es sich bei dem Pflege- und Passmobil handelt.

**Frau Ernst** sagte, dass es sich um ein mobiles Service- und Beratungsangebot der Verwaltung handelt, das von jeweils einem Mitarbeiter des Fachbereiches Einwohnerwesen und des Fachbereiches Soziales betreut wird. Für die Besuche in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern oder bei Hausbesuchen greifen diese auf eine datenschutzkonforme IT-Ausstattung zurück, unter anderem den sogenannten Bürgerkoffer.

**Herr Dr. Bergner** fragte, wie die Perspektive der Finanzierung nach Ende des Förderzeitraumes ist.

**Herr Dr. Meißner** erklärte, dass das Ziel darin besteht, das Projekt langfristig zu erhalten und weiterhin nutzbar zu machen. Zudem wird ein Monitoring eingerichtet.

**Herr Dr. Bergner** fragte nach der zeitlichen Begrenzung der Förderung.

**Herr Dr. Meißner** sagte, dass sich der Förderzeitraum für das Modellvorhaben vom 01.01.2026 bis 31.12.2028 beläuft. In Abhängigkeit der Mittelsituation bei Land und Kassen ist eventuell eine Verlängerung möglich.

**Frau Ernst** sagte, dass die drei Jahre intensiv genutzt werden, um zu prüfen, ob und wie sich das Projekt dauerhaft implementieren lässt. Das Vorhaben ist derzeit einzigartig in Sachsen-Anhalt.

**Frau Brederlow** erklärte, dass geprüft wird, ob geeignete und praktikable Organisationen vorhanden sind. Aus ihrer Sicht kommt das Projekt genau zur richtigen Zeit, da es ermöglicht, zu prüfen, ob bestimmte Leistungen – beispielsweise digital – anders und effizienter erbracht werden können als bisher. Auch im Bereich der Pflegestrukturplanung ist das Projekt hilfreich, da häufig gefragt wird, wie der zukünftige Bedarf aussieht und wo das Thema, etwa in der Stadtplanung, mitberücksichtigt werden muss. Sie betonte, dass sie die positiven Effekte für die gesamte Stadt erkennt.

**Herr Funk** erkundigte sich bezüglich der Kooperationen mit den Krankenhäusern, ob diese auch Unterstützung bei der Antragsstellung sowie Auskünfte zur häuslichen Ausstattung von Menschen mit Pflegegraden umfassen.

**Frau Ernst** bestätigte das. Sie sagte, dass es dazu bereits Gespräche mit Sozialarbeitern in Krankenhäusern gab.

**Herr Funk** merkte an, dass man das Anliegen an die Anbieter der mobilen Pflege herantragen sollte.

**Frau Haupt** sagte, dass es nicht nur ältere Menschen betrifft, sondern auch Familien mit pflegebedürftigen Kindern. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt, der mit betrachtet werden muss.

## zu 7.2 Vorstellung Sozialkaufhaus

---

**Frau Haupt** beantragte das Rederecht für Frau Theune und Frau Vriese. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

**Frau Theune** und **Frau Vriese** informierten anhand der Präsentation über das Sozialkaufhaus. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

**Frau Haupt** wünschte viel Erfolg für das Vorhaben. Ihr bereitet Sorgen, dass die neuen Räumlichkeiten kleiner sind und nicht alle Gegenstände in das neue Domizil mitgenommen werden können. Sie fragte, ob es stimmt, dass dann das Angebot der Möbel reduziert wird.

**Frau Theune** antwortete, dass voraussichtlich besonders große Möbel reduziert werden. Momentan ist noch nicht absehbar, ob sich dafür eine Alternative finden lässt.

## zu 7.3 Faktenblätter Fachbereich Gesundheit

---

**Frau Dr. Gröger** informierte anhand der Präsentation über die Faktenblätter Gesundheit. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

## zu 7.4 Umzug Gesundheitsamt

---

**Frau Dr. Gröger** informierte über den Umzug des Gesundheitsamtes. Dieser ist an den neuen Standort in der Straße der Opfer des Faschismus gezogen. Aus sechs dezentralen Dienststellen ist nun eine gemeinsame geworden. Die Betreuungsbehörde und die Koordinatoren behalten den Standort in der Stendaler Straße. Die Angebote des Fachbereichs Gesundheit stehen wieder zur Verfügung. Am 19.03.2026, am Tag des öffentlichen Gesundheitsdienstes, wird es eine feierliche Übergabe durch die HWG an die Stadt erfolgen. Dieser beinhaltet ebenfalls einen Tag der offenen Tür.

**Herr Schied** fragte, ob der Standort in der Silberhöhe erhalten bleibt.

**Frau Dr. Gröger** bejahte das.

## zu 7.5 Information zur Neuaufstellung des Mietspiegels 2028 Vorlage: VIII/2026/02253

---

**Frau Diemer** informierte über die Neuaufstellung des Mietspiegels 2028.

**Frau Haupt** fragte zum Verständnis, ob die Kriterien gleichbleiben.

**Frau Diemer** sagte, dass die Methodik gleichbleibt.

**Frau Haupt** sagte, dass sich die Kriterien an sich ändern könnten.

**Frau Diemer** bejahte das, da sich diese aus den Ergebnissen der Befragung ergeben.

**Herr Dr. Bergner** fragte, ob die Beteiligung des Institutes über den Vergabeausschuss laufen wird.

**Frau Diemer** verneinte das, da es unter der finanziellen Grenze liegt.  
**zu 7.6 Jahresplanung 2026**  
**Vorlage: VIII/2026/02251**

---

**Frau Haupt** informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.6 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

**Frau Seidel-Jähni** sagte, dass Vorschläge für Themen jederzeit gemacht werden können.

**zu 7.7 Integrationsmonitoring 2025**  
**Vorlage: VIII/2026/02323**

---

**Herr Schönrok** informierte über das Integrationsmonitoring 2025.

**zu 7.8 Mitteilung zum Kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK**

---

**Herr Schütz** informierte anhand der Präsentation über den Kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

**zu 7.9 Frau Suchantke zur Ausstellungseröffnung „Pioneering Women“**

---

**Frau Suchantke** informierte über die Ausstellungseröffnung „Pioneering Women“. Diese findet am 04.03.2026, um 16:00 Uhr statt im Ratshof, 1. Etage, statt. Mithilfe von Künstlicher Intelligenz wurden Porträts erschaffen, um den Wissenschaftlerinnen die Präsenz zu geben, die vielen von ihnen zu Lebzeiten verwehrt wurde. Die Künstlerin Gesine Born, Gründerin des Bilderinstituts, hat diese Bilder ins Leben gerufen. Erwartet werden Grußworte von Prof. Dr. Rebecca Waldecker, Mitglied des Vorstandsgremiums des Graduiertenkollegs, und Bürgermeister Egbert Geier. Der Flyer dazu ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

**zu 7.10 Frau Suchantke zum Frauentag**

---

**Frau Suchantke** informierte zu einer Veranstaltung im Vorfeld des Frauentages. Die Veranstaltung zur geschlechtergerechten Medizin findet am 06.03.2026 im Audimax der MLU statt. Der Flyer zur Veranstaltung ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

**zu 7.11 Frau Suchantke zur Aktion "One Billion Rising"**

---

**Frau Suchantke** informierte zur Aktion "One Billion Rising". Am 14.02.2026 wurde auf dem Marktplatz auf den weltweiten Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen aufmerksam gemacht. An den Ratshofstufen wurde symbolisch mit einem Paar Schuhe an jede Betroffene eines in Deutschland verübten Femizides im Jahr 2025 erinnert. Die Aktion ist eine Kooperation der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt, sowie von Frauenprojekte, -initiativen und Unterstützerinnen.

**zu 7.12 Frau Ernst zum digitalen Angebot Wohngeld**

---

**Frau Ernst** informierte darüber, dass die Stadt ihr digitales Serviceangebot im Bereich Wohngeld ausbaut. In Kürze können über das Serviceportal „Gemeinsam online“ sowie die

Internetseite der Stadt Halle auch Weiterleistungsanträge für den Mietzuschuss gestellt werden. Im Laufe des Jahres werden weitere Online-Angebote folgen. Im Januar 2026 wurden 34 Prozent der Erstanträge online eingereicht.

**Herr Schied** fragte, ob die Einreichung komplett digital läuft oder ob man nach wie vor Dokumente ausdrucken und unterschreiben muss.

**Frau Ernst** antwortete, dass die Antragstellung vollständig online erfolgen kann. Für die Nutzung ist eine Anmeldung mittels Bund-ID, E-Mail-Adresse oder Online-Ausweisfunktion erforderlich. Derzeit ist die Bearbeitung der Anträge jedoch noch nicht durchgängig medienbruchfrei möglich.

Sie informierte, dass im Front Office des Fachbereiches Soziales am Standort Südpromenade ein Serviceplatz eingerichtet werden soll, an dem Bürger digitale Anträge für soziale Leistungen selbstständig und mit Unterstützung von Mitarbeitern stellen können.

### **zu 7.13 Herr Hemming zum "Winternotrucksack"**

---

**Herr Hemming** stellte den „Winternotrucksack“ vor. Die Rucksäcke enthalten lebenswichtige Artikel wie Schlafsäcke, Isomatten, Hygieneartikel, Thermounterwäsche und warme Socken. Die Verteilung erfolgt durch lokale Initiativen und Hilfsorganisationen, die in der Kältehilfe tätig sind. Sie sind für betroffene Menschen unter anderem in der Wärmestube, in der Bahnhofsmmission, beim Streetwork oder der Polizei erhältlich. Die Finanzierung läuft über Spendenmittel. Er stellte dazu einen Flyer zur Verfügung.

### **zu 7.14 Frau Haupt zur Einladung zum "Salon" der HJW**

---

**Frau Haupt** informierte über die Einladung der Halleschen Jugendwertstatt zum „Salon“, der am 24.04.2026 von 13 bis 15 Uhr im „Labyrinth“ stattfindet. Das Thema ist „Wir schmeißen das Geld nicht zum Fenster raus“.

### **zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

#### **zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildungskarte Vorlage: VIII/2026/02255**

---

**Frau Haupt** informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

**Frau Kohl** fragte zum Pilotprojekt an Grundschulen und wie dort die Verbindung zu Bildung und Teilhabe ist.

**Frau Ernst** sagte, dass die Beantragung von Schulausflügen vereinfacht werden soll. Dazu wurde ein Pilotprojekt mit der Grundschule Karl-Friedrich-Friesen und der Grundschule Kastanienallee gestartet. Nach der Pilotphase soll das erleichterte Antragsverfahren auf alle Schulen in der Stadt ausgeweitet werden.

**Frau Labusga** fragte zum Verständnis, ob das Projekt nicht weitergeführt wird.

**Frau Brederlow** sagte, dass dazu bestimmte Ressourcen benötigt werden, die nicht vorhanden sind. Die Kommission zur Reform des Sozialstaates hat bestimmte Maßnahmen

vorgeschlagen, die umgesetzt werden sollen. Diese betreffen im großen Maße auch Digitalisierungsmaßnahmen.

#### **zu 8.2 Frau Dr. Kreutzfeld zum Tierheim**

---

**Frau Dr. Kreutzfeld** fragte, wie mit dem Tierheim weiter verfahren wird, damit es im nächsten Haushalt mit abgebildet ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass man nach einem anderen Standort sucht, da der jetzige Standort zu klein ist. Im neuen geplanten Haushalt müssen dazu die Planungskosten etc. mit enthalten sein. Das hängt von möglichen Alternativstandort ab.

#### **zu 8.3 Frau Dr. Kreutzfeld zu Integrationskursen**

---

**Frau Dr. Kreutzfeld** erkundigte sich zu den Kürzungen bei den Integrationskursen: Wie ist die Situation in der Stadt Halle? Welche Angebote entfallen, welche Träger sind davon betroffen und wie viele Menschen mit Anspruch auf einen solchen Kurs sind betroffen?

**Frau Brederlow** sicherte eine schriftliche Antwort zu.

#### **zu 8.4 Frau Haupt zum Haushalt**

---

**Frau Haupt** fragte zu einem Schreiben, was in Magdeburg an die Vereine geschickt wurde. Wenn die Vereine durch fehlende Mittel in eine finanzielle Notlage geraten, kann man dort, unter Vorlage von Nachweisen, eine Art Abschlagsbescheid erhalten. Sie fragte, ob die Stadtverwaltung in Halle so ähnlich verfahren kann.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Frage an den Finanzausschuss gestellt werden muss. Derzeit gibt es keine derartige Vorgehensweise. Jede einzelne Maßnahme muss durch den Bürgermeister freigegeben werden. Sie empfahl, die Frage an ihn zu stellen. Die Haushaltsgenehmigung ist aufgrund der zu überarbeitenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen frühestens im April zu erwarten.

#### **zu 9 Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Haupt** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Sophia Waldowski  
stellv. Protokollführerin